

Vorträge der Senatskanzlei

für die Sitzung des Senats am 24. November 2020

Beschlüsse des Senats zu den Beschlüssen der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 17. bis 19. November 2020

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 17. bis 19. November 2020 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

Stadtbürgerschaft am 17. November 2020

Nr. 20/141 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 10
vom 11. September 2020
(Drucksache [20/304 S](#))
2. Die Zukunft der Bremer Innenstadt: Wohin geht die Reise?
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 6. Oktober 2020
(Drucksache [20/324 S](#))
3. Gesetzliche Ermächtigungen für Hunderauslauf in Bremen
einführen – Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die
öffentliche Ordnung
Mitteilung des Senats vom 13. Oktober 2020
(Drucksache [20/327 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/142 S

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 17. November 2020

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Vorhabenbezogener Bebauungsplan 125
(zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) zur Errichtung von zwei Wohngebäuden östlich der Wilseder-Berg-Straße, nördlich und westlich der Bebauung an der Undeloher Straße in der Gartenstadt Vahr

Mitteilung des Senats vom 13. Oktober 2020
(Drucksache [20/328 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 125.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

2. Vorhabenbezogener Bebauungsplan 149
(zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung eines gemischt genutzten Gebäudes mit Einzelhandel in Bremen-Oberneuland an der Louis-Leitz-Straße und Kaspar-Faber-Straße

Mitteilung des Senats vom 13. Oktober 2020
(Drucksache [20/329 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 149.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

3. Benennung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern in städtischen Gremien

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 14. Oktober 2020
(Drucksache [20/332 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

4. Bebauungsplan 1568
für ein Gebiet in Bremen- Vegesack östlich Fährer-Flur, südlich
Aumunder Heide (rückwärtige Grundstücksgrenzen), westlich
Ludwig-Jahn-Straße und nördlich des Freizeitbades Vegesack

Mitteilung des Senats vom 3. November 2020

(Drucksache [20/344 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 1568.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur
Kenntnis und beschließt den Bebauungsplan sowie den Ort der
Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt
zu machen.

5. Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 12

vom 6. November 2020

(Drucksache [20/345 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen
wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/143 S

Fragestunde

1. Mögliche CO₂-Einsparungen durch Fuß- und Fahrradbrücken
über die Weser
Anfrage der Abgeordneten Arno Gottschalk, Mustafa Güngör und
Fraktion der SPD vom 30. September 2020
2. Gibt es ein Hygienekonzept für Bremer Parkhäuser?
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen
und Fraktion der FDP vom 30. September 2020
3. Sicherheit in den Bremer Parkhäusern
Anfrage der Abgeordneten Lencke Wischhusen und Fraktion der
FDP vom 30. September 2020
4. Ärger über E-Scooter
Anfrage der Abgeordneten Mustafa Öztürk, Ralph Saxe, Björn
Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1. Oktober 2020
5. Obdachlose im Winter in der Pandemie
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp
und Fraktion der CDU vom 6. Oktober 2020

6. Verbindung von Corona-Infektionsschutz und Klimaschutz in Kindertagesstätten

Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Philipp Bruck, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Oktober 2020

7. Die Rolle der ZwischenZeitZentrale – Wie sieht es aus mit Befugnis und Transparenz?

Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 22. Oktober 2020

8. Arbeitsgrundlagen der Antidiskriminierungsstellen an den Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren Bremen (ReBUZ)

Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. Oktober 2020

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

9. Infektionsschutz durch Takterhöhung?

Anfrage der Abgeordneten Falk Wagner, Anja Schiemann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 3. November 2020

10. Rechtsfreier Raum und öffentliche Finanzhilfen für die Besetzerinnen und Besetzer der „Dete“?

Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Marco Lübke, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 6. November 2020

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/144 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/145 S

Bürgerantrag

vom 13. Februar 2020

(Drucksache [20/125 S](#))

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Änderungsantrag mit der Drucksachen-Nr. 20/320 S zu.

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, geltende Parkverbote durchzusetzen. Dazu ist mehr Kontrollpersonal einzusetzen, sind häufigere und stadtweit Kontrollen durchzuführen und Fahrzeuge im Rahmen des pflichtgemäßen Ermessens (Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit unter Abwägung der Einzelfallumstände) konsequent abzuschleppen, sodass der Anteil illegal parkender Autos bis Ende 2022 dauerhaft mindestens unter 10 Prozent gesenkt wird. Dies ist durch strichprobenartige Erhebungen zu belegen. Das Personal des Ordnungsamtes ist bis Ende 2022 für die Überwachung des ruhenden Verkehrs entsprechend aufzustocken, anzustreben sind mindestens 100 Außendienstkräfte. Der Senat hat der städtischen Deputation für Inneres regelmäßig über die aktuellen Zahlen zu berichten.
2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, bis zum Ende der Legislatur in den innenstadtnahen Stadtteilen (Mitte, Östliche Vorstadt, Schwachhausen, Findorff, Walle, Neustadt) eine Parkraumbewirtschaftung einzuführen, vorrangig bis Ende 2022 in den Gebieten mit sehr hohem Handlungsbedarf und anschließend in den Gebieten mit hohem Handlungsbedarf, soweit die jeweils zuständigen Beiräte dem zustimmen. Die Prioritäten richten sich dabei nach den bestehenden Einschränkungen für die Barrierefreiheit, Freiheit der Gehwege und der Zufahrt für Rettungsfahrzeuge. Indikator für den Handlungsbedarf ist die im Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2025 ermittelte Stellplatznachfrage. Dafür ist innerhalb von zwölf Monaten unter Beteiligung der örtlichen Beiräte und damit der Wohnbevölkerung und auf Beschluss der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung und der städtischen Deputation für Inneres ein Konzept zu erstellen und der Stadtbürgerschaft vorzulegen. Orientierung für die Preisgestaltung für Fremdarkerinnen und Fremdarker sollen dabei die Preise des ÖPNV und für Bewohnerinnen und Bewohner die soziale Verträglichkeit und der wirtschaftliche Wert der beparkten Fläche beziehungsweise der wirtschaftliche Vorteil der Parkenden und die Höhe der Kosten für Parken auf Privatgrund sein. Dabei sind Regelungen unter anderem für Handwerk und Pflegedienste einzurichten.

3. Um vor allem die neu zu planenden Wohnviertel von ruhendem Verkehr zu entlasten, wird der Senat aufgefordert, auf die Planung und Umsetzung von kostenpflichtigen Quartiersparkplätzen und -garagen hinzuwirken.
4. Bremen soll, wie bereits im Doppelhaushalt 2020/2021 angelegt, zukünftig wesentlich mehr Geld in den sogenannten Umweltverbund (Fuß- und Radverkehr, öffentliche Verkehrsmittel, Carsharing sowie Maßnahmen zur Verknüpfung der einzelnen Verkehrsmittel) investieren, um Vorreiterstadt in Sachen zukunftsweisender Mobilität zu werden. Dabei sind insbesondere für den Radverkehr 36 Euro pro Person und Jahr anzustreben und der Fußverkehrsetat merklich zu erhöhen.
5. Zur Finanzierung der Parkraumüberwachung und der Schwerpunktsetzung des sogenannten Umweltverbundes sollen unter anderem die Überschüsse der Parkraumbewirtschaftung herangezogen werden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (federführend) und den Senator für Inneres zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/146 S

Änderungsantrag zum Bürgerantrag

Bericht und Änderungsantrag der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung
vom 2. Oktober 2020
(Drucksache [20/320 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/147 S

Den ÖPNV krisenfester aufstellen – Zusätzliche Fahrzeuge kurz- und langfristig bereitstellen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. November 2020
(Drucksache [20/346 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/148 S

Wie steht es um die Inklusion an Bremer Bildungseinrichtungen?

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 7. Juli 2020
(Drucksache [20/282 S](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 29. September 2020

(Drucksache [20/318 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis

Nr. 20/149 S

LED-Straßenbeleuchtung für eine adaptive Stadtbeleuchtung und als Stromlieferanten für die E-Mobilität sowie als Basis „smarter“ Technologie nutzen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 7. September 2020
(Drucksache [20/299 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis

Nr. 20/150 S

LED-Leuchten für den Bremer Nachthimmel

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 15. September 2020

(Drucksache [20/305 S](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

vom 6. Oktober 2020

(Drucksache [20/322 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Stadtbürgerschaft unterstützt den Senat bei seinen bereits aufgenommenen Verhandlungen mit der swb zum kompletten oder teilweisen Austausch der vorhandenen Beleuchtung im öffentlichen Raum und bittet um Berichterstattung in den städtischen Deputationen für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung sowie für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie spätestens sechs Monate nach Beschlussfassung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft an die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/151 S

Fortbildungen statt wirkungsloser Verbote – Handlungsfähigkeit der Polizei im Umgang mit Auto-Posern stärken!

Antrag der Fraktion der FDP

vom 9. September 2020

(Drucksache [20/302 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/152 S

Ortsgesetz zur Änderung der Nutzungs- und Gebührenordnung für Übergangswohneinrichtungen der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 20. Oktober 2020
(Drucksache [20/333 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/153 S

Ortsgesetz über Kinderspielflächen in der Stadtgemeinde Bremen (Kinderspielflächenortsgesetz, KSpOG)

Mitteilung des Senats vom 3. November 2020
(Drucksache [20/342 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/154 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030 (STEP Wohnen) – Gesamtstädtische Handlungskonzeption
Mitteilung des Senats vom 20. Oktober 2020
(Drucksache [20/334 S](#))
2. Temporäre Lernangebote für Kinder mit Förderbedarfen an den Schulen in Bremen zeitnah bedarfsgerecht ausweiten und bis zum Schuljahr 2023/2024 sicherstellen!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 10. November 2020

(Drucksache [20/347 S](#))

3. „Sprach- und Integrationsmittler“ und „Sprach- und Kulturlotsen“ in die öffentliche Verwaltung übernehmen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 10. November 2020

(Drucksache [20/349 S](#))

4. Ortsgesetz zur Sicherung der Beiratsarbeit während der Pandemie

Antrag der Fraktion der CDU

vom 17. November 2020

(Drucksache [20/353 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 18. und 19. November 2020

Nr. 20/317

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021
(Zensusausführungsgesetz 2021 – ZensAG 2021)
Mitteilung des Senats vom 10. März 2020
(Drucksache [20/316](#))
2. Menschenrechtswidrige Brechmittelvergabe: Verantwortung übernehmen und einen Ort des Gedenkens und Mahnens schaffen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 30. Juni 2020
(Drucksache [20/521](#))
3. Internationalisierung der Universität und der Hochschulen im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 1. Juli 2020
(Drucksache [20/523](#))
4. „Aktionsplan Alleinerziehende“
Zwischenbericht zur Vorbereitung und zum Umsetzungsstand des Landesprogramms
Mitteilung des Senats vom 28. Juli 2020
(Drucksache [20/563](#))
5. Sachstandsbericht an die Bürgerschaft zum Thema Assistenz im Krankenhaus für Menschen mit Behinderung sicherstellen
Mitteilung des Senats vom 18. August 2020
(Drucksache [20/567](#))
6. Realitäten erkennen, Chancen nutzen, Zukunft gestalten – Medienkompetenz in der frühkindlichen Bildung stärken
Antrag der Fraktion der FDP
vom 8. September 2020
(Drucksache [20/592](#))
7. Inklusion im Bremischen Wissenschaftssystem stärken – Barrierefreiheit und Interessenvertretung sicherstellen!
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 30. September 2020
(Drucksache [20/638](#))
8. Freiräume für Jugendvertretungen im Land Bremen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. Oktober 2020
(Drucksache [20/648](#))

9. Gesetzliche Ermächtigungen für Hunderauslauf in Bremen einführen – Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege und des Feldordnungsgesetzes
Mitteilung des Senats vom 13. Oktober 2020
(Drucksache [20/654](#))
10. Gemeinsam mit aller Kraft gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen im Land Bremen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 3. November 2020
(Drucksache [20/684](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/318

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 17. November 2020

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Bremer Kultur-„Netflix“ schaffen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 28. September 2020
(Drucksache [20/626](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Kultur.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

2. Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten

Mitteilung des Senats vom 22. September 2020
(Drucksache [20/617](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

3. Benennung eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

Die Bürgerschaft (Landtag) benennt als Mitglied im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) den Abgeordneten Dr. Thomas vom Bruch und als stellvertretendes Mitglied den Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa zur weiteren Veranlassung.

4. Nachbenennung eines neuen Mitglieds und eines neuen stellvertretenden Mitgliedes des Landesjugendhilfeausschusses

Mitteilung des Senats vom 13. Oktober 2020
(Drucksache [20/655](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt anstelle der ausgeschiedenen Frau Sigrun Deneke Herr

Wolfgang Mann

als Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses und anstelle von Herrn Wolfgang Mann Frau

Ebru Aydın

als stellvertretendes Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

5. Benennung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern in staatlichen Gremien

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 14. Oktober 2020
(Drucksache [20/657](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

6. Bremisches Gesetz zur Förderung von kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen (Mittelstandsförderungsgesetz)

Mitteilung des Senats vom 20. Oktober 2020
(Drucksache [20/660](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

7. Zusatz-Verwaltungsvereinbarung „Administration“ – Zum DigitalPakt Schule 2019 bis 2024

Mitteilung des Senats vom 20. Oktober 2020
(Drucksache [20/661](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

8. Erfolgreiche systematische EU-Förderprogrammstrategie auch auf Förderprogramme des Bundes und der Zivilgesellschaft übertragen

Mitteilung des Senats vom 20. Oktober 2020
(Drucksache [20/662](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

9. Bremisches Gesetz über Hafenauffangeinrichtungen für die Entladung von Abfällen von Schiffen (Bremisches Schiffsabfall-Entsorgungsgesetz – BremSAEG)

Mitteilung des Senats vom 27. Oktober 2020
(Drucksache [20/668](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

10. Bremisches Gesetz zur Stärkung der Beteiligung der Bürgerschaft (Landtag) an Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen nach § 32 Infektionsschutzgesetzes (Bremisches Infektionsschutz-Parlamentsbeteiligungsstärkungsgesetz – BremIfSPBSG)

Antrag der Fraktion der FDP
vom 2. November 2020
(Drucksache [20/681](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

11. Erstes Gesetz zur Änderung des Bremischen Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 3. November 2020
(Drucksache [20/685](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

12. Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 12

vom 6. November 2020

(Drucksache [20/690](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

13. Bremisches Gesetz zur Stärkung der Beteiligung der Bürgerschaft (Landtag) bei dem Erlass von Verordnungen zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 auf Grundlage von § 32 des Infektionsschutzgesetzes (Coronaverordnung-Beteiligungsgesetz)

Mitteilung des Senats vom 10. November 2020

(Drucksache [20/694](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

14. Bericht der Freien Hansestadt Bremen zur Haushaltslage gem. § 3 Abs. 2 Stabilitätsratsgesetz – Stabilitätsbericht 2020

Mitteilung des Senats vom 10. November 2020

(Drucksache [20/697](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

15. Gesetz zur weiteren Erleichterung von Bürgeranträgen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, DIE LINKE, der CDU und der FDP
vom 10. November 2020
(Drucksache [20/705](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den 1. nicht ständigen Ausschuss nach Artikel 125 der Landesverfassung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/319

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag des Abgeordneten Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Hohe Inzidenz im Land Bremen – Senat muss Corona-Maßnahmen konsequenter und wirksamer umsetzen“.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/320

Eigen- und Fremdschutz muss in Zeiten der Corona-Pandemie auch in den Schulen Bremens oberste Priorität haben!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. November 2020
(Drucksache [20/712](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/321

Gesetz zur Anpassung bildungsrechtlicher Regelungen an die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie für das Schuljahr 2020/2021

Mitteilung des Senats vom 10. November 2020
(Drucksache [20/695](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/322

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2020 und 2021; Finanzplanung 2019 bis 2023

Mitteilung des Senats vom 19. Mai 2020
(Drucksache [20/394](#))

Ergänzungen zu den Entwürfen des Haushaltsgesetzes und der Haushaltspläne für das Jahr 2021 einschließlich aktualisiertem Finanzrahmen 2019 - 2023

Mitteilung des Senats vom 13. Oktober 2020
Drucksache [20/653](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 2. November 2020

(Drucksache [20/678](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE (Drucksache [20/678](#)) wie folgt zu:

A. Technik Produktgruppenhaushalt

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, die im Produktgruppenhaushalt 2021 enthaltenen Angaben (Basisinformationen, Angaben zum Ressourceneinsatz, zu den Leistungskennzahlen, Vergleichskennzahlen, Kapazitätskennzahlen et cetera) in den Fällen anzupassen, in denen

1. die vollständige Trennung des Produktgruppenhaushalts (Produktplan, Produktbereich, Produktgruppe) noch nicht vollzogen beziehungsweise konsequent umgesetzt wurde;
2. im Rahmen der parlamentarischen Haushaltsberatungen für das Jahr 2021 eine Veränderung von Produktplan-, Produktbereichs- sowie Produktgruppenbudgets bezogen beispielsweise auf das Aggregat beziehungsweise die Produktgruppe erfolgte;
3. zu den Personaldaten aktuellere Angaben zum voraussichtlichen Personalbestand im Jahr 2021 vorliegen;
4. zwischenzeitig von den Ressorts neue beziehungsweise aktualisierte – den Informationsgehalt der vorliegenden Produktplan-, Produktbereichs- beziehungsweise Produktgruppenblätter verbessernde – Angaben erarbeitet konnten;
5. anderweitige redaktionelle beziehungsweise Darstellungsbedarfe resultierend aus der zeitlichen Abkoppelung des Beschlusses über den Haushalt 2020 vom Beschluss über den Haushalt 2021 festgestellt werden.

B. Technik kameraler Haushalt

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, die im kameralen Haushalt enthaltenen Angaben in den Fällen anzupassen, in denen resultierend aus der Abkoppelung des Beschlusses zum Haushalt 2020 vom Beschluss zum Haushalt 2021 technische, redaktionelle oder inhaltliche Anpassungsbedarfe bezogen beispielsweise auf Haushaltsvermerke oder Erläuterungen festgestellt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den Produktgruppenhaushalt für das Jahr 2021.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den kameralen Haushaltsplan einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung für das Jahr 2021.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den produktgruppenorientierten Stellenplan für das Jahr 2021.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt den kameralen Stellenplan für das Jahr 2021.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstige Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts sowie Sonderhaushalte für das Jahr 2021.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Abweichung von der Schuldenbremse gemäß Artikel 131a Absatz 3 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen mit der erforderlichen Mehrheit.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Haushaltsgesetz 2021 in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem aktualisierten Finanzrahmen 2019 bis 2023 Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Der Senat überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) ferner an den Senator für Finanzen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/323

Haushaltsgesetz und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2021 einschließlich aktualisiertem Finanzrahmen 2019 – 2023

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 16. November 2020

(Drucksache [20/709](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/324

Silvester Feuerwerke im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE vom 18. Februar 2020
(Drucksache [20/278](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 30. Juni 2020

(Drucksache [20/518](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/325

Kommunale Gestaltungsspielräume im Umgang mit privaten Silvester-Feuerwerken erweitern

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 17. November 2020
(Drucksache [20/717](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Durchführung und Finanzierung kostenloser, dezentraler attraktiver Licht- und Feuerwerkshows zu prüfen;
2. im Falle eines positiven Ergebnisses der Prüfung unter Beteiligung der Beiräte und des Magistrats Bremerhaven in Zusammenarbeit mit den beteiligten Ressorts ein Konzept für kostenlose dezentrale, öffentliche sowie private, Feuerwerke für das Silvester 2021 zu erstellen;
3. zu prüfen, ob und wie entsprechend der aktuellen bzw. der sich gegebenenfalls geänderten Bundesgesetzeslage eine

Ausweitung von „Feuerwerksverbotszonen“ in Bremen erfolgen sollte;

4. den zuständigen Deputationen spätestens im Herbst 2021 zu berichten.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,

1. den Kommunen im Rahmen des Sprengstoffrechts zu ermöglichen, das private Abbrennen von Feuerwerk nach eigenem Ermessen zu beschränken;
2. eine Ermächtigungsgrundlage für Kommunen zur Einschränkung des Abbrennens erlaubnisfreien Feuerwerks für Kommunen im Rahmen der 1. Sprengstoffverordnung zu schaffen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Inneres (federführend), die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, den Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und den Magistrat der Stadt Bremerhaven zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/326

Klimaschutz an Hochschulen im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 9. Juni 2020

(Drucksache [20/437](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 1. September 2020

(Drucksache [20/581](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/327

Gesetz zum Ersten Medienänderungsstaatsvertrag

Mitteilung des Senats vom 28. Juli 2020

(Drucksache [20/562](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/328

Bremisches Gesetz über die Vollstreckung durch die landesunmittelbaren gesetzlichen Krankenkassen

Mitteilung des Senats vom 22. September 2020

(Drucksache [20/624](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/329

Erstes Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über die Vollstreckung von Geldforderungen im Verwaltungswege

Mitteilung des Senats vom 20. Oktober 2020

(Drucksache [20/658](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/330

Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Pflegeberufgesetzes, der Pflegeberufe-Ausbildungs- und Prüfungsverordnung und der Pflegeberufe-Ausbildungsfinanzierungsverordnung – Investitionskostenförderung von Pflegeschulen

Mitteilung des Senats vom 10. November 2020

(Drucksache [20/692](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/331

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/958 über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen – Ergebnis der Durchführung des Beteiligungsverfahrens

Mitteilung des Senats vom 10. November 2020

(Drucksache [20/693](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/332

Gesetz zur Änderung des Artikel 79 der Bremischen Landesverfassung

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der FDP

vom 17. November 2020

(Drucksache [20/715](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den 1. nicht ständigen Ausschuss nach Artikel 125 der Landesverfassung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/333

Fragestunde

1. Hundeauslaufgebiete identifizieren und planen
Anfrage der Abgeordneten Janina Brünjes, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 1. Oktober 2020
2. Wiederaufnahme der Schuleingangsuntersuchungen
Anfrage der Abgeordneten Ute Reimers-Bruns, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 1. Oktober 2020
3. Corona-Bußgelder und erzieherische Maßnahmen gegenüber Jugendlichen und Heranwachsenden
Anfrage der Abgeordneten Sascha Aulepp, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 1. Oktober 2020
4. Produktionsverlagerungen von Airbus aus dem Gebiet des Vereinigten Königreichs
Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Volker Stahmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 1. Oktober 2020

5. Mit Luftfiltergeräten gegen die Aerosole in Bremer und Bremerhavener Schulen und Kitas?
Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Wischhusen und die Fraktion der FDP vom 1. Oktober 2020
6. Ausbaustand und weitere Planung: Solaranlagen an Hochschulen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Philipp Bruck, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Oktober 2020
7. Hilfe in der Corona-Pandemie für Studierende aus Programmen des BMBF
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 6. Oktober 2020

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

8. Leistungsfähigerer Stromnetzanschluss der Stahlwerke Bremen
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 7. Oktober 2020
9. Planungen für das Gründerzentrum auf der Luneplate
Anfrage der Abgeordneten Martin Günthner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 7. Oktober 2020
10. Nutzung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen im sozialen Wohnungsbau auch für Studierendenwohnheime?
Anfrage der Abgeordneten Janina Brünjes, Falk Wagner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 7. Oktober 2020
11. Planungsstand Gesundheitscampus
Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. Oktober 2020
12. Schutzkonzepte in der Jugendverbandsarbeit bei Kindeswohlgefährdung
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Oktober 2020
13. Projekte der „Norddeutschen Wasserstoffstrategie“ in Bremen und Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Martin Günthner, Volker Stahmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 26. Oktober 2020
14. Systematischer Verstoß gegen Datenschutzregeln durch Tesla?
Anfrage der Abgeordneten Kevin Lenkeit, Holger Welt, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 9. November 2020
15. Wann werden alle Schülerinnen und Schüler in Bremen und Bremerhaven mit iPads versorgt sein?

Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Dorothea Fensak, Maurice Müller, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. November 2020

16. Ein BAMF-„Skandal“, der keiner war?

Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. November 2020

17. Vorbereitung für künftige Corona-Impfungen: Wie können sich Bremerhavenerinnen und Bremerhavener impfen lassen?

Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Ilona-Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. November 2020

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/334

Reform des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes nutzen – Anreize für Väter erhöhen

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Juli 2020

(Drucksache [20/560](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene im Rahmen einer geplanten Reform des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes für folgende Ziele einzusetzen:

- a) Dass mit der Reform des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes eine möglichst lange und partnerschaftliche Beteiligung der Väter an der Erziehung gefördert wird – das kann durch eine Erhöhung der Anzahl der Partnerschaftsmonate geschehen, oder durch eine grundsätzliche Verlängerung der Elternzeit unter der Maßgabe, die Partnerschaftsmonate zu erhöhen.
- b) Dass eine volle Gleichstellung von diversen und queeren Elternpaaren mit heterosexuellen Elternpaaren umgesetzt wird, unabhängig von einer eingetragenen Partnerschaft oder Ehe.

Der Bürgerschaft (Landtag) ist sechs Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/335

Update für das Elterngeld

Antrag der Fraktion der FDP
vom 8. September 2020
(Drucksache [20/604](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/336

Sicherstellung der Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung im Land Bremen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. September 2020
(Drucksache [20/630](#))

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/337

Werkstätten für Menschen mit Behinderungen: Entgelt für Beschäftigte über 2020 hinaus absichern!

Antrag der Fraktion der SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen
vom 7. Oktober 2020
(Drucksache [20/652](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf der Bundesebene verstärkt für ein Finanzierungsprogramm über 2020 hinaus einzusetzen, das die Bezahlung der Beschäftigten in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen auch zukünftig mindestens in der vor der SARS-CoV-2-Pandemie üblichen Höhe absichert;
2. im Falle eines Scheiterns einer solchen Initiative unverzüglich mit den betroffenen Werkstätten eine Vereinbarung zu treffen, um die Entgelte für die Beschäftigten in den Werkstätten für behinderte Menschen mindestens in der vor der SARS-CoV-2-Pandemie üblichen Höhe über 2020 hinaus abzusichern;
3. kurzfristig ein Konzept zu entwickeln und umzusetzen, das für Menschen mit Behinderungen, die im Kontext der Maßnahmen zur Eindämmung der Coronaviruspandemie nicht mehr ihrer Tätigkeit nachgehen, wöchentlich mehrmalige aufsuchende Aktivitätsangebote sicherstellt;
4. der staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration spätestens vier Monate nach Beschlussfassung über die Aktivitäten des Senats zu berichten, das Konzept für aufsuchende Aktivitätsangebote vorzustellen sowie dessen Umsetzung zu erläutern.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/338

Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes und weiterer Gesetze

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 25. Juni 2020
(Drucksache [20/511](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 17. November 2020

(Drucksache [20/716](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz mit den Änderungen aus den Drucksachen [20/716](#) und [20/682](#) in zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/339

Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes und weiterer Gesetze

Bericht und Änderungsantrag der staatlichen Deputation für Inneres

vom 3. November 2020

(Drucksache [20/682](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Inneres Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/340

Keine faulen Kompromisse – unsere Polizei braucht ein Gesetz, das ihr den Rücken stärkt!

Antrag und Änderungsantrag der Fraktion der CDU

vom 17. November 2020

(Drucksache [20/711](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.
Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/341

65 Jahre Bundeswehr – Zeit „Danke“ zu sagen!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 12. November 2020
(Drucksache [20/708](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/342

Bundeswehr gehört in die Mitte der Gesellschaft

Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. November 2020
(Drucksache [20/713](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/343

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 11

vom 25. September 2020
(Drucksache [20/625](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt, die Petition L 20/79 nach § 12 Absatz 1 Ziffer 3 Bremisches Petitionsgesetz an den staatlichen Petitionsausschuss zurückzugeben.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der restlichen Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 20/344

Novellierung des Bremischen Krankenhausgesetzes

Mitteilung des Senats vom 20. Oktober 2020

(Drucksache [20/659](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 20/345

Medienkompetenz von der Kita bis ins hohe Alter stärken

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 9. Juni 2020
(Drucksache [20/439](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 19. November 2020
(Drucksache [20/722](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. gemeinsam mit der Bremischen Landesmedienanstalt die Vernetzung der Akteure aus Verwaltung und Gesellschaft voranzutreiben und das von der Landesmedienanstalt koordinierte Medienkompetenznetzwerk in seiner Arbeit inhaltlich zu unterstützen;
2. die Vernetzung und die Schaffung von verbindlichen Ansprechpartnerinnen/Ansprechpartner für Medienkompetenz in der bremischen Verwaltung sicherzustellen;
3. sicherzustellen, dass bei der gemeinschaftlichen ressort- und akteursübergreifenden Erarbeitung einer Gesamtstrategie zur Medienkompetenz die Besonderheiten der jeweiligen Altersstufe sowie die unterschiedlichen Bedarfe der verschiedenen Nutzergruppen einbezogen werden; der Schutzbedürftigkeit von Kindern und Jugendlichen (Jugendmedienschutz) sowie der Teilhabe von älteren, kranken oder behinderten Personen ist dabei besonders Rechnung zu tragen;
4. dazu beizutragen, dass das Konzept Anforderungen und Herausforderungen je Zielgruppe beziehungsweise inhaltliche Zielorientierung benennt, und bestehende Aktivitäten zu clustern und zu evaluieren, um Zielgruppen passgenau erreichen zu können und Redundanzen zu vermeiden; das Konzept soll dabei auch auf sich ständig ändernde Mediennutzungstrends Rücksicht nehmen;
5. im Rahmen dieser Evaluation insbesondere zu erfassen, wie die Anbieter solcher Aktivitäten mit aktueller Digital- und Medientechnik ausgestattet sind und welche zukünftigen Ausstattungsbedarfe bestehen; hierbei sind insbesondere die Volkshochschulen im Land Bremen sowie die anerkannten Träger der Weiterbildung, Begegnungsstätten und Bürgerhäuser in den Blick zu nehmen;

6. im Gesamtkonzept die Verankerung folgender Inhalte als Vermittlungsfelder im Bereich Medienkompetenz sicherzustellen: Identifizierung von falschen Darstellungen (Fake News), Schutz persönlicher Daten und aktive Wahrnehmung des Rechtes auf informationelle Selbstbestimmung, kritische Auseinandersetzung mit integrierter Werbung und Influencing, Kenntnisse zur kreativen und aktiven Verwendung digitaler Medien, Aufklärung und Prävention zu Mediensucht;
7. auch unter Analyse von Aktivitäten in anderen Bundesländern zu prüfen, ob neben den bereits bestehenden Aktivitäten neue Angebote für die jeweilige Zielgruppe sinnvoll sein könnten;
8. sich beim Bund dafür einzusetzen, dass die in der KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ beschriebenen Ansatzpunkte für eine Unterstützung der Weiterbildungseinrichtungen insbesondere in Bezug auf Infrastruktur und Qualifizierung in Form von Bundesprogrammen umgesetzt werden;
9. die entsprechende Gesamtstrategie der Bürgerschaft (Landtag) bis nach der Sommerpause des Jahres 2021 vorzulegen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatskanzlei zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/346

Europäischen Jugendaustausch stabilisieren

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 8. Juli 2020

(Drucksache [20/543](#))

Der Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass der internationale Jugendaustausch grundlegend zum Zusammenhalt in Europa und zu einer demokratischen Zivilgesellschaft beiträgt. Ein wesentlicher Beitrag besteht darin, junge Menschen zu bestärken, gesellschaftliche Vielfalt zu leben und sich dafür zu engagieren. Gerade zu Beginn der Coronakrise hat das Vertrauen in die EU und die Hilfsbereitschaft der Mitgliedsstaaten untereinander gelitten. Der Jugendaustausch kann nach der Krise einen wertvollen Beitrag leisten, um gegenseitiges Vertrauen und Verständnis wiederaufzubauen. Dazu müssen Austauschprojekte in Zukunft allen jungen Menschen unabhängig vom Bildungsweg offenstehen. Die aktuelle Krisensituation bedroht zahlreiche gemeinnützige Träger des Jugendaustauschs in ihrer Existenz. Ein Neustart für den Jugendaustausch nach der Krise kann nur gelingen, wenn die über Jahre gewachsenen Austauschstrukturen erhalten werden. Da Austausch auf Partnerschaft beruht, muss eine Perspektive für alle europäischen Austauschorganisationen geschaffen werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich auf Bundesebene für einen tragfähigen Rettungsschirm zugunsten gemeinnütziger Austauschorganisationen einzusetzen;
2. sich gemeinsam mit dem Bund für die Einrichtung eines europäischen Rettungsschirms zugunsten der Zivilgesellschaft einzusetzen, der auch europäische Austauschorganisationen und solche in besonders von der Krise betroffenen Staaten unterstützt;
3. sich im Rahmen der bevorstehenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft für eine Stärkung aller Formen des Jugendaustauschs auf europäischer Ebene durch Erhöhung des bisherigen „ERASMUS+“-Budgets sowie einen Ausbau der Austauschstrukturen in den einzelnen Mitgliedsstaaten einzusetzen;
4. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das „ERASMUS+“-Programm mit ökologischen Zielsetzungen und Maßnahmen versehen und zum Programm „Green Erasmus+“ fortentwickelt wird, wie es aktuell von Europäischer Kommission und Parlament beraten wird.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/347

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Flut von Einwegbechern eindämmen – effektive Lösungen für einen nachhaltigen Konsum von Heißgetränken umsetzen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. Dezember 2019
(Drucksache [20/211](#))
2. Flut von Einwegbechern eindämmen – effektive Lösungen für einen nachhaltigen Konsum von Heißgetränken umsetzen
Bericht der staatlichen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie
vom 17. Juli 2020
(Drucksache [20/545](#))
3. Social Entrepreneurship im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 6. Juli 2020
(Drucksache [20/532](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 18. August 2020
(Drucksache [20/568](#))
4. Gutschein-Lösung – Verbraucher und Verbraucherinnen besser schützen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 15. Juli 2020
(Drucksache [20/551](#))
5. Die Zukunft der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Bremen
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 20. Juli 2020
(Drucksache [20/555](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 25. August 2020
(Drucksache [20/572](#))
6. Erinnerungskonzept Novemberrevolution 1918/19
Mitteilung des Senats vom 22. Juli 2020
(Drucksache [20/559](#))
7. 100 Jahre Novemberrevolution: Startschuss für Demokratie, Frauenwahlrecht und Mitbestimmung
Bericht und Antrag des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 3. September 2020
(Drucksache [20/589](#))

8. Überprüfung der Mittelvergabe innerhalb der linkspolitischen Bereiche
Antrag des Abgeordneten Peter Beck (AfD)
vom 1. September 2020
(Drucksache [20/586](#))
9. Ökonomische Bildung darf keine Nebensache sein – Junge Menschen auf ein selbstständiges Leben vorbereiten!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 3. September 2020
(Drucksache [20/588](#))
10. Dienstfahräder für den öffentlichen Dienst einführen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. September 2020
(Drucksache [20/594](#))
11. Nutzung und Installierung von Pavillons/fliegenden Bauten im gastronomischen Bereich auf privatem und öffentlichen Grund in den Wintermonaten
Antrag des Abgeordneten Peter Beck
vom 9. September 2020
(Drucksache [20/607](#))
12. Wann werden die Zielzahlen der Polizei im Land Bremen erreicht?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 1. September 2020
(Drucksache [20/577](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 10. November 2020
(Drucksache [20/699](#))
13. Ausbildung auch in der Corona-Krise sichern – Schutzschirm für Ausbildungsplätze aufspannen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. Juli 2020
(Drucksache [20/534](#))
14. Ausbildung auch in der Corona-Krise sichern – Schutzschirm für Ausbildungsplätze aufspannen
Bericht der Deputation für Wirtschaft und Arbeit
vom 7. September 2020
(Drucksache [20/590](#))
15. Erschwerniszulage für Bremer Verfassungsschützer einführen!
Antrag der Fraktion der FDP
(Neufassung der Drucksache [20/627](#) vom 28. September 2020
vom 2. November 2020)
(Drucksache [20/680](#))
16. Attraktivität der JuLeiCa-Angebote in Bremen und Bremerhaven steigern!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 1. Oktober 2020
(Drucksache [20/640](#))

17. Betrieb von Photovoltaik-Anlagen nach Ende der EEG-Förderung
Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen
und DIE LINKE
vom 8. September 2020
(Drucksache [20/596](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 20. Oktober 2020
(Drucksache [20/663](#))
18. Digitalisierung und Klima- und Umweltschutz gemeinsam denken
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 15. September 2020
(Drucksache [20/612](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 3. November 2020
(Drucksache [20/686](#))
19. Mehr Einsatz für die Kurzzeitpflege im Land Bremen!
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 15. September 2020
(Drucksache [20/613](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 3. November 2020
(Drucksache [20/687](#))
20. Umsetzungsstand der Istanbul-Konvention in Bremen und
Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 29. September 2020
(Drucksache [20/629](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 10. November 2020
(Drucksache [20/700](#))
21. Für eine menschenwürdige Altenpflege – Präsenzquote
flexibilisieren!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. September 2020
(Drucksache [20/631](#))

22. „Music was my first love“ – Musikclubs als Kulturorte anerkennen und fördern
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 29. September 2020
(Drucksache [20/636](#))
23. Mit gutem Beispiel vorangehen – Öffentliche Gebäude ökologischer gestalten!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. September 2019
(Drucksache [20/51](#))
24. Mit gutem Beispiel vorangehen – Öffentliche Gebäude ökologischer –
Bericht der staatlichen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie
vom 2. Oktober 2020
(Drucksache [20/641](#))
25. Nachhaltigkeit fördern – Hauskauf im Altbestand attraktiver machen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. August 2019
(Drucksache [20/47](#))
26. Nachhaltigkeit fördern – Hauskauf im Altbestand attraktiver machen!
Bericht der staatlichen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung
vom 2. Oktober 2020
(Drucksache [20/642](#))
27. Gender Pay Gap in der Bremer Hochschul- und Wissenschaftslandschaft verringern
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD
vom 30. Oktober 2020
(Drucksache [20/673](#))
28. Istanbul-Konvention: Gewaltschutz für alle Frauen – ohne Vorbehalte
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 30. Oktober 2020
(Drucksache [20/675](#))
29. Für Artenvielfalt, Tierschutz und Pandemieprävention: Lebendimporten, Internethandel und Exotenbörsen ein Ende setzen!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 11. November 2020
(Drucksache [20/706](#))

30. Entgeltungleichheit zwischen den Geschlechtern bekämpfen:
Senatsstrategie entwickeln, Entgelttransparenz schärfen!
Antrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/Die
Grünen
vom 11. November 2020
(Drucksache [20/707](#))
31. Konzept zur Förderung der Anschaffung von (Elektro)Fahrrädern
durch Beschäftigte des bremischen öffentlichen Dienstes
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die
Grünen
vom 17. November 2020
(Drucksache [20/710](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Stadtbürgerschaft am 19. November 2020

Nr. 20/155 S

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2020 und 2021, Finanzplanung 2019 bis 2023

Mitteilung des Senats vom 19. Mai 2020
(Drucksache [20/168 S](#))

Ergänzung zu dem Haushaltsgesetz und den Haushaltsplänen der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2021 einschließlich aktualisiertem Finanzrahmen 2019 bis 2023

Mitteilung des Senats vom 13. Oktober 2020
(Drucksache [20/326 S](#))

Dazu

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 2. November 2020

(Drucksache [20/339 S](#))

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE (Drs. [20/339 S](#)) wie folgt zu:

A. Technik Produktgruppenhaushalt

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, die im Produktgruppenhaushalt 2021 enthaltenen Angaben (Basisinformationen, Angaben zum Ressourceneinsatz, zu den Leistungskennzahlen, Vergleichskennzahlen, Kapazitätskennzahlen etc.) in den Fällen anzupassen, in denen

1. die vollständige Trennung des Produktgruppenhaushalts (Produktplan, Produktbereich, Produktgruppe) noch nicht vollzogen beziehungsweise konsequent umgesetzt wurde.
2. im Rahmen der parlamentarischen Haushaltsberatungen für das Jahr 2021 eine Veränderung von Produktplan-, Produktbereichs- sowie Produktgruppenbudgets bezogen beispielsweise auf das Aggregat beziehungsweise die Produktgruppe erfolgte.
3. zu den Personaldaten aktuellere Angaben zum voraussichtlichen Personalbestand im Jahr 2021 vorliegen.
4. zwischenzeitig von den Ressorts neue beziehungsweise aktualisierte – den Informationsgehalt der vorliegenden

Produktplan-, Produktbereichs- beziehungsweise
Produktgruppenblätter verbessernde – Angaben erarbeitet
konnten.

5. anderweitige redaktionelle beziehungsweise
Darstellungsbedarfe resultierend aus der zeitlichen Abkoppelung
des Beschlusses über den Haushalt 2020 vom Beschluss über
den Haushalt 2021 festgestellt werden.

B. Technik kameraler Haushalt

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, die im kameralen Haushalt
enthaltenen Angaben in den Fällen anzupassen, in denen
resultierend aus der Abkoppelung des Beschlusses zum Haushalt
2020 vom Beschluss zum Haushalt 2021 technische, redaktionelle
oder inhaltliche Anpassungsbedarfe, bezogen beispielsweise auf
Haushaltsvermerke oder Erläuterungen, festgestellt werden.

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Produktgruppenhaushalt der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Jahr 2021.

Die Stadtbürgerschaft beschließt den kameralen Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung für die Jahr 2021.

Die Stadtbürgerschaft beschließt den produktgruppenorientierten Stellenplan der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Jahr 2021.

Die Stadtbürgerschaft beschließt den kameralen Stellenplan der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Jahr 2021.

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, sonstige Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts sowie die Haushalte der unselbstständigen Stiftungen und Vermächnisse für das Jahr 2021.

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Abweichung von der Schuldenbremse nach Artikel 131 a Absatz 3 der Landesverfassung in Verbindung mit Artikel 146 Absatz 1 der Landesverfassung mit der erforderlichen Mehrheit zu.

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Jahr 2021.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem aktualisierten Finanzrahmen 2019 bis 2023

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Der Senat überweist den Beschluss der Stadtbürgerschaft ferner an den Senator für Finanzen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 20/156 S

Haushaltsgesetz und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2021 einschließlich aktualisiertem Finanzrahmen 2019 bis 2023

Bericht und Antrag des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses vom 13. November 2020

(Drucksache [20/351 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.